

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2014 / Ausgabe 125 - 28. November 2014



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

mit dem Bundeshaushalt 2015 haben wir in dieser Woche Geschichte geschrieben: Zum ersten Mal seit über 40 Jahren wird der Bund ohne neue Schulden auskommen. In der nüchternen Sprache des Haushaltsrechts liest sich der entscheidende Satz so: „Im Haushaltsjahr 2015 nimmt der Bund keine Kredite zur Deckung von Ausgaben auf.“ Und noch ein zentrales Versprechen der Union lösen wir mit diesem Haushalt ein: Wir sorgen dafür, dass die Ausgaben des Bundes ohne Steuererhöhungen finanziert werden.

Die Freude ist aber getrübt. Während wir unseren Haushalt erfolgreich konsolidieren, werden in der Euro-Zone weiter Schuldenorgien gefeiert. Frankreich und Italien scheren sich keinen Deut um die vereinbarten Defizitziele. Griechenland führt die Troika an der Nase herum. Athen verweigert Ausgabenkürzungen in Milliardenhöhe, will aber dennoch an die letzte Tranche aus dem Griechenland-2-Programm, das Ende 2014 ausläuft. Dokumente, die als „vertraulich“ eingestuft sind und deshalb nicht veröffentlicht werden dürfen, sprechen aber eine ganz andere Sprache.

IN DIESER AUSGABE

Griechenland 3

Ausgeglichener Haushalt 2015

Bürgermeisterwahl in Waldems

„Markieren Sie sich schon jetzt den 8. Dezember 2014 rot in Ihrem Kalender! An diesem Tag werden die Finanzminister der Eurogruppe ein drittes Griechenland-Hilfspaket schnüren.“

An der Öffentlichkeit – und ich fürchte am Großteil meiner Kollegen auch – geht dies bisher leider vorbei. Ich bin daher froh, dass das Handelsblatt mir in seiner Onlineausgabe die Möglichkeit gegeben hat, einen Gastbeitrag zu platzieren. Hier der Link: <http://goo.gl/beCYjc>

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de
www.klaus-peter-willsch.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



GRIECHENLAND 3

Markieren Sie sich schon jetzt den 8. Dezember 2014 rot in Ihrem Kalender! An diesem Tag werden die Finanzminister der Eurogruppe ein drittes Griechenland-Hilfspaket schnüren. Hinter verschlossenen Türen laufen schon seit langem die Vorbereitungen auf Hochtouren. Griechenland soll in Zukunft mithilfe einer Kreditlinie mit erweiterten Bedingungen (Enhanced Conditions Credit Line, ECCL) über Wasser gehalten werden. Das steht unzweideutig im aktuellen Drahtbericht zur letzten Sitzung der Griechenland Task Force.

Den „Euro-Retter“ zerrinnt die Zeit zwischen den Fingern. Das zweite Griechenland-Programm läuft zum Jahresende aus. Athen wird es weiterhin nicht alleine schaffen, erfüllt aber gleichwohl nicht die Auflagen der Troika. Es ist das alte Spiel: Jetzt muss schnell auf dem Papier nachgebessert werden, um weiter an Geld zu kommen. Die griechische Regierung setzt auf Zeit und kann als Schuldner die Gläubiger erpressen.

Insgesamt hat Griechenland seit Mai 2010 236,7 Milliarden Euro erhalten. Athen versucht derzeit zu erreichen, dass das Land erst nach fünfzig Jahren mit der Rückzahlung der Kredite beginnen muss, der Zins wird wohl auch noch einmal gesenkt. Bisher waren es „nur“ bis zu dreißig Jahre. Ich bin Jahrgang 1961 und werde die Rückzahlung des Geldes nie erleben. Ob meine Enkel wohl in den Genuss kommen?

Die griechische Regierung wird in letzter Sekunde auf Druck ihrer Geldgeber neuen Maßnahmen zustimmen. Ob sie sie aber auch umsetzt? Die Bilanz von viereinhalb Jahren Griechenland-Hilfe ist desaströs. Der Schuldenstand beträgt nach neuesten Zahlen der Europäischen Kommission für das laufende Jahr 175,5 % des BIP. Im Mai 2010 lag das Defizit noch bei „nur“ 124,9 Prozent. Das alles trotz der im Frühjahr 2012 durchgeführten Teilentschuldung im Rahmen des Schuldenschnittes in Höhe von 107 Milliarden Euro!

Nun soll eine Kreditlinie mit erweiterten Bedingungen (ECCL) verabschiedet werden. Das bedeutet konkret, dass ein Vorratsbeschluss für neue Kredite gefasst wird. Wie groß der Bedarf ist, kann man kaum präzise abschätzen. Es werden wohl wieder viele Milliarden sein. Das ist, als ob man einem Alkoholiker beim Verlassen der Entzugsklinik eine Flasche Schnaps „für den Notfall“ mit nach Hause gäbe. Lange wird er nicht durchhalten. Der nächste Schluck aus der Pulle ist gewiss.

Gemäß der entsprechenden Leitlinie des Euro-Rettungsfonds ESM kommen nur solche Mitglieder für eine ECCL in Frage, „deren wirtschaftliche und finanzielle Situation insgesamt nach wie vor solide ist“. Diese Art der vorsorglichen Finanzhilfe ist folglich nicht zur Nachpflege gedacht. Der Abschaffung der No-Bail-Out-Klausel durch die ESM-Rechtsetzung erfolgt nun der erneute Rechtsbruch des gerade geschaffenen Rechts.

Die Gewährung einer ECCL hat noch eine weitere Dimension: Am 6. September 2012 verkündete EZB-Präsident Draghi sein OMT-Programm, mit dem er unbegrenzt Staatsanleihen von Pleitestaaten aufkaufen kann. Voraussetzung dafür ist, dass sich das betreffende Land bereits in der Obhut des ESM befindet – oder eine ECCL aktiviert ist!

Im Bundestag ist das alles noch kein Thema. Sicher ist aber: Für die Gewährung einer ECCL ist ein entsprechendes Votum im ESM-Gouverneursrat notwendig. Und dafür braucht es zumindest bei uns in Deutschland einen Parlamentsbeschluss, ansonsten muss Deutschland im Gouverneursrat mit Nein stimmen.

Mein Tipp: das wird im Bundestag zwischen dem 3. und 4. Advent durchgewunken, damit sich dann der Mantel der weihnachtlichen Stille gnädig über das Fortschreiten der Schuldenvergemeinschaftung legen kann. Die Euro-Krise ist nicht vorbei, sie wird 2015 wieder an Fahrt aufnehmen.

AUSGEGLICHENER HAUSHALT, EIN HISTORISCHER ERFOLG

Dass uns ein ausgeglichener Haushalt gelungen ist, war keine Selbstverständlichkeit. Denn wir hatten auf der Grundlage eingetrübter Wirtschafts- und Konjunkturaussichten zusätzliche Ausgaben etwa beim Arbeitslosengeld II, den Kosten der Unterkunft und dem Elterngeld zu finanzieren. Neue Ausgaben fangen wir dabei durch Umschichtungen sowie über gesunkene Ausgaben beim Betreuungs- und Wohngeld und vor allem durch niedrigere Zinsausgaben auf. Zudem haben wir die von der Bundesregierung geplanten Gesamtausgaben noch einmal um 400 Millionen Euro gekürzt.

Wesentlich zum Erreichen des ausgeglichenen Haushalts 2015 hat beigetragen, dass wir den Trend stabiler Ausgaben bei sukzessiv sinkender Neuverschuldung der letzten Jahre konsequent fortgesetzt haben. Wir haben die Nettokreditaufnahme kontinuierlich und in großen Schritten reduziert und krönen nun die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der Union mit der schwarzen Null 2015. Auch die geplanten Ausgaben im kommenden Jahr in Höhe von 299,1 Milliarden Euro liegen unter den Ausgaben des Jahres 2010 (303,7 Milliarden Euro). Gegenüber dem laufenden Jahr steigen die Ausgaben nur leicht um 2,6 Milliarden Euro oder 0,9 Prozent.

Wie im Koalitionsvertrag verabredet, nutzen wir den Verschuldensspielraum der Schuldenbremse nicht. 2015 hätte dieser immerhin noch rund 22,2 Milliarden Euro betragen. Vielmehr stoppen wir endlich das stete Anwachsen des Schuldenberges.

Wichtig aber ist: Wir sparen nicht nur, sondern investieren auch. So werden wir beispielsweise ein kräftiges Investitionspaket in Höhe von insgesamt 10 Milliarden Euro auf den Weg bringen. Diese Ausgaben werden ab 2016 im Haushalt ausfinanziert. Damit senden wir vor allem ein deutliches Signal nach Europa: Die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch solide

Haushaltspolitik und zusätzliche öffentliche Investitionen in Zukunftsbereiche schließen sich nicht aus.

Mit Investitionen insbesondere in die öffentliche Infrastruktur und den Bereich Energieeffizienz stärken wir das Fundament für weiteres Wachstum und damit für mehr Beschäftigung. Investitionsanstieg ohne neue Schulden – das sind gute und wichtige Nachrichten für die nachfolgenden Generationen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen lässt sich für die einzelnen Ressorts schließlich wie folgt zusammenfassen:

Bundesministerium der Finanzen

Wie bei allen anderen Ressorts, haben wir auch am Regierungsentwurf für den Etat des Bundesfinanzministeriums sowohl Erhöhungen als auch Kürzungen von Ausgaben vorgenommen. Die in allen Etats anfallenden Mehrkosten der Tarif- und Besoldungsrunde 2014 schlagen sich im Bundesfinanzministerium und seinen nachgeordneten Behörden aufgrund zuwachsender Aufgaben besonders deutlich nieder. Höhere Personalkosten resultieren vor allem aus der Verwaltung der Kfz-Steuer, der geplanten Einrichtung einer Generalzolldirektion und dem Einsatz der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zur Kontrolle der Mindestlohnumsetzung. Unter dem Strich erhöhen wir den Haushalt von Finanzminister Schäuble um 130 Millionen auf 5,6 Milliarden Euro.

Gesundheit

Für das Gesundheitsministerium sah der Regierungsansatz Ausgaben in Höhe von rund 12 Milliarden Euro vor. Wir haben den Etat von Hermann Gröhe noch einmal um knapp 11 Millionen Euro erhöht. Akzente haben wir bei der Bekämpfung neuer Infektionskrankheiten, der Kindergesundheit und der Drogenprävention gesetzt.

Justiz und Verbraucherschutz

Der Regierungsentwurf wird vom Deutschen Bundestag um 32 auf 695 Millionen Euro erhöht. Seit Beginn der 18. Wahlperiode verantwortet das traditionelle Justizministerium auch den Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes. Der Haushaltsausschuss hat nunmehr zusätzliche Mittel zur Intensivierung von Projekten in den Verbraucherzentralen bereitgestellt. Die Bewilligung von 58 neuen Stellen beim Deutschen Patent- und Markenamt ist überdies ein wichtiges Signal für den Forschungsstandort Deutschland.

Inneres

Der Haushalt von Bundesinnenminister de Maizière erhält nach Empfehlung des Haushaltsausschusses gegenüber dem Regierungsentwurf einen Aufwuchs um 460 Millionen auf rund 6,2 Milliarden Euro. Damit stärken wir entschieden die innere Sicherheit. Die Bundespolizei erhält neue Stellen, Fahrzeuge sowie Einsatz- und Schutzbekleidung. Für mehr Sicherheit in den IT-Netzen des Bundes stehen in den nächsten Jahren fast 500 Millionen Euro bereit. Der Etat des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird um rund zehn Prozent erhöht. Auch haben wir der Bundeszentrale für politische Bildung zusätzliche Mittel für ihre Arbeit im Bereich politischer und religiöser Extremismus (Deradikalisierung) zur Verfügung gestellt.

Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt

Während das Amt selbst haushälterisch unspektakulär ist, spielt hier im Bereich Kultur die Musik: Der Regierungsentwurf wird um 130 Millionen auf 2,2 Milliarden Euro erhöht. Im Wesentlichen geht es um vielfältige kulturelle Investitionen. So wird auch das geplante „Museum für die Kunst des 20. Jahrhunderts“ in der Hauptstadt auf den Weg gebracht. Ferner erfolgt eine Aufstockung der Zuschüsse an die Deutsche Welle.

Auswärtiges Amt

Wir haben den Ausgaberahmen des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Regierungsentwurf um 305 Millionen auf 3,7 Milliarden Euro gesteigert. Ausschlaggebend sind die akuten Krisenherde weltweit, einschließlich der notwendigen umfangreichen Hilfsmaßnahmen im humanitären Bereich. Unter anderem stellt der Deutsche Bundestag zusätzlich 35 Millionen Euro für die stärkere Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaften in der Ukraine, Moldawien, Georgien, Belarus sowie den Staaten des mittleren Ostens und Nordafrikas zur Verfügung. Zur Stärkung der interkulturellen Zusammenarbeit werden dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, den Deutschen Auslandsschulen und dem Goethe-Institut die notwendigen Mittelaufstockungen gewährt.

Verteidigung

Wir werden den Regierungsentwurf um 713 Millionen Euro steigern, sodass Bundesministerin von der Leyen knapp 33 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Die weltweite Sicherheitslage erfordert auch finanziell ein Umdenken, was den Stellenwert der Bundeswehr angeht – ein Standpunkt, den ich schon seit Jahren vertrete. Mit der Umsetzung der Streitkräftereform geht es jetzt zum einen um die Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr nach innen, vor allem aber um ihre Stärkung im Rahmen internationaler Einsätze. Ein weiterer ganz wesentlicher Schwerpunkt sind die großen militärischen Beschaffungsmaßnahmen.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Deutsche Bundestag wird Bundesminister Müller knapp 64 Millionen Euro zusätzlich zum Regierungsentwurf gewähren, sodass er im kommenden Jahr 6,5 Milliarden Euro verausgaben kann. Dies ist vor allem in den aktuellen Schwerpunkten der Ebola-Epidemie in Westafrika sowie der umfangreichen Flüchtlingsproblematik begründet. Überdies steigen die Beiträge an die Vereinten Nationen sowie andere internati-

onale Einrichtungen und NGOs. Deutschland kommt damit seiner internationalen Verantwortung auch im nächsten Jahr nach.

Wirtschaft und Energie

Für die Aufgaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie stehen 7,3 Milliarden Euro bereit. Das sind 182 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf. Bei diesem Etatansatz schlägt zu Buche, dass das Ministerium seit dieser Wahlperiode auch für die Gestaltung der Energiewende verantwortlich ist. Überdies wird die Förderung der Forschungsinfrastruktur aufgestockt. Im Bereich der energetischen Gebäudesanierung werden die Zuschüsse der KfW-Bankengruppe an die aktuelle Bedarfsschätzung angepasst und um 147 auf 686 Millionen Euro deutlich erhöht.

Bildung und Forschung

Bildung und Forschung haben weiterhin hohe Priorität für die Union. Die zusätzlich zum Regierungsentwurf gebilligten 8,5 Millionen Euro ermöglichen Bundesministerin Wanka Gesamtausgaben von 15,3 Milliarden Euro. Damit hat sich der Haushalt des Bildungs- und Forschungsministeriums seit 2005 mehr als verdoppelt. Innerhalb des Etats haben wir vor allem die Bereiche Berufsorientierung und berufliche Ausbildung gestärkt. Durch Ausweitung der qualitativ hochwertigen zweiwöchigen Berufsorientierungsmaßnahmen wollen wir in diesem Rahmen Ausbildungs- und Studienabbrüchen vorbeugen. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten erhalten aufgrund von Mehrbedarf ebenfalls einen Aufwuchs. Zusätzliche Impulse für die Forschung setzen wir bei der Forschung an Fachhochschulen sowie der Produktions- und Dienstleistungsforschung.

Arbeit und Soziales

Der bei weitem größte Einzelhaushalt wird im kommenden Jahr 125,5 Milliarden Euro betragen. Das sind 704 Millionen Euro mehr als vom Kabinett beschlossen. Da der überwiegende Anteil durch gesetzliche Verpflichtungen gebunden ist, bleibt hier nur ein geringer Spielraum für veränderte politische

Schwerpunktsetzungen. Im Wesentlichen kommt es zu ausgabenerhöhenden Anpassungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie des Arbeitslosengeldes II. Zusätzliche Personalausgaben fallen durch die Einrichtung der Geschäftsstelle der Mindestlohnkommission an.

Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Der Deutsche Bundestag billigt gegenüber dem Regierungsentwurf Mehrausgaben von 67 Millionen Euro, sodass dem Ressort 8,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Im Vorjahr lag der Ausgabenrahmen noch bei 8 Milliarden Euro. Maßgeblich für den Aufwuchs sind das Elterngeld, aufgestockte Zuweisungen an Opfer der Heimerziehung sowie zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Islamismus, Salafismus und Antisemitismus.

Ernährung und Landwirtschaft

Der Haushaltsausschuss billigt gegenüber dem Regierungsentwurf Mehrausgaben in Höhe von 31,7 Millionen Euro, sodass Bundesminister Schmidt im kommenden Jahr 5,35 Milliarden Euro ausgeben kann. Insbesondere konnten wir erreichen, dass ein neuer Haushaltstitel über 20 Millionen Euro für Maßnahmen zum präventiven Hochwasserschutz eingerichtet wurde.

Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Dieser Etat wird sich im kommenden Jahr auf knapp 3,9 Milliarden Euro belaufen. Angesichts seines hohen Niveaus konnten wir den Regierungsentwurf unter dem Strich um 50 Millionen Euro verringern. Das Städtebauförderungsprogramm wird fortgeführt, der Ansatz für Wohngeld von 500 auf 630 Millionen Euro deutlich erhöht. Das im letzten Jahr neu aufgelegte Programm „Altersgerecht Umbauen“ wird mit rund 12 Millionen Euro für Investitionszuschüsse fortgeführt.

Verkehr und digitale Infrastruktur

Diesen zentralen Etat von Bundesminister Dobrindt haben wir in der Bereinigungssitzung um 150 Millionen auf 23,3 Milliarden Euro erhöht. Im Bereich der digitalen Infrastruktur wird das Beratungs-, Koordinations- und Informationsangebot gestärkt, das vom Markt allein nicht erbracht werden kann. Die Umsetzung erfolgt Mithilfe des Breitbandatlas, des Breitbandbüros und über spezielle Internetseiten. Im Verkehrsbereich stellen wir jeweils 10 Millionen Euro für Lärmschutzmaßnahmen an Bundesfernstraßen und Schienenwegen zur Verfügung – eine Kostenposition, die ich persönlich sehr begrüße. Zudem wird ein Programm zur Stärkung der Investitionskraft der Deutschen Flugsicherung (DFS) aufgelegt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Luftfahrtstandortes Deutschland zu erhalten. Weitere Akzente betreffen die Bereiche Verkehrserziehung und Radwege.

Mit dem vorliegenden schuldenfreien Haushaltsentwurf setzen wir ein zentrales Ziel des Koalitionsvertrages um und festigen einen Markenkern der Union. Ein Haushalt ohne Kreditaufnahme muss jetzt nicht nur Gesetzeskraft erlangen, sondern im Haushaltsvollzug des kommenden Jahres auch gewissenhaft erfüllt werden. Mit Ausgaben disziplin wird es uns gelingen, auch für die Folgejahre Haushalte ohne neue Schulden zu verabschieden und damit eine neue Ära in der Haushaltspolitik des Bundes einzuleiten.

BÜRGERMEISTERWAHL IN WALDEMS

Für unsere Leser in Waldems: am Sonntag ist Bürgermeisterwahl! Ich möchte Sie bitten, zur Wahl zu gehen und Ihre Stimme Markus Hies zu geben. Er kennt seine Gemeinde durch jahrelange ehrenamtliche Arbeit in vielen Details. Wie auch der Verlauf des Leserforums der Idsteiner Zeitung deutlich gezeigt hat, ist er durch seine jetzige Arbeit als ehrenamtlicher Stellvertreter des Bürgermeisters für die Übernahme der Ver-

antwortung an der Spitze der Gemeindeverwaltung hervorragend vorbereitet. Er hat Ideen, Erfahrung in der freien Wirtschaft und legt eine besonders liebenswürdige Bescheidenheit an den Tag. Bitte unterstützen Sie ihn.

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.



<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>